Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.; incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belagexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 30 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 164. Dienstag den 18. Mai 1880. 74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die zum Umbau der Poniatowskybrücke in der Lessingstraße erforderlichen Erd-, Zimmer-, Maurer- und Steinmetzarbeiten sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus II. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Erd-, Zimmer-, Maurer- und Steinmetzarbeiten der Poniatowskybrücke betr."

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 15. Mai 1880. **Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.**

Waldgräserei-Verpachtung.

Mittwoch, den **19. Mai c.** soll im Forstreviere Connewitz **die diesjährige Grasnutzung** parcellenweise unter den im Termine näher bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Zahlung der Pachtsumme nach dem Zuschlage meistbietend verpachtet werden.

Zusammenkunft:

I. **Vormittags 9 Uhr** am Pflanzgarten im Streitholze und

II. **Vormittags 11 Uhr** an der Weißen Brücke auf der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 3. Mai 1880. **Des Raths Forstdeputation.**

Vermiethung in der Landfleischerhalle.

Wir haben den Zuschlag der am 10. April dss. Js. zur Vermiethung versteigerten **Abtheilung Nr. 38 der Landfleischerhalle am Plauen'schen Platz abzulehnen** beschlossen und entlassen daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen hiermit die Bieter ihrer Gebote.

Gleichzeitig beraumen wir zu der

vom 8. Juni dss. Js. an

gegen einmonatliche Kündigung zu erfolgenden Vermiethung der **gedachten Abtheilung** einen anderweiten Versteigerungstermin auf

Sonnabend, den 22. dss. Mts., Vormittags 11 Uhr

an, zu welchem Miethlustige **an Rathsstelle** sich einfinden und ihre Miethgebote thun wollen.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen liegen auf dem Rathhaussaale, I. Etage, schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 4. Mai 1880. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Privatpersonen die von uns zur Reinigung der städtischen Schleußen angenommenen Arbeiter zur Reinigung der Privatschleußen während der Zeit, für welche jene Arbeiter für die Stadt thätig zu sein haben und aus der Stadtcasse ihre Bezahlung erhalten, verwendet haben, daß sogar der Unrath aus den Privatschleußen durch städtische Geschirre abgefahren worden ist.

Wir warnen dringend vor dieser unstatthaften Benutzung unserer Arbeiter und Bediensteten zu Privatzwecken, und vor solcher Verleitung der bezeichneten Personen zur Untreue, und glauben, daß diese Mahnung genügen wird und wir der Nothwendigkeit überhoben sein werden, anderweite Maßregeln zur Verhütung der vorgekommenen Ungebührnisse und der dadurch herbeigeführten Schädigung der Stadtcasse zu ergreifen,

Leipzig, am 4. Mai 1880. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Fahrbahn der Eutritzscher Straße zwischen der Gerberbrücke und der Yorkstraße, sowie der Verlängerung der Yorkstraße zwischen der Eutritzscher und Blücherstraße soll mit bossirten Steinen gepflastert und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen im Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterung der Eutritzscher Straße betreffend"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 26. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 12. Mai 1880. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

Waldgräserei-Verpachtung.

Mittwoch, den 26. Mai d. J., sollen im Forstreviere Burgau die diesjährigen Grasnutzungen, sowie 4 Hectar 90,59 Ar Fluthrinne parcellenweise unter den im Termine näher bekannt zu machenden Bedingungen und gegen **sofortige Zahlung der Pachtsumme** nach dem Zuschlage meistbietend verpachtet werden.

Zusammenkunft: I. Vormittags 9 Uhr an der verschlossenen Brücke, und
II. Vormittags ½11 Uhr an der Leutzsch-Wahrener Brücke.

Leipzig, am 10. Mai 1880. **Des Raths Forstdeputation.**

Politische Uebersicht.

Leipzig, 17. Mai.

Das körperliche Befinden des Reichskanzlers soll, wie Berliner Blätter melden, wieder vortrefflich sein. Fürst Bismarck gedenkt denn auch bis zur Mitte des nächsten Monats in Berlin zu verweilen. Zur parlamentarischen Lage wird der „Köln. Ztg." von dort geschrieben: „Wenn man die Dauer des am 20. d. zu eröffnenden Landtages auf mindestens sechs Wochen anschlägt so wird Fürst Bismarck während der halben Session sich hier befinden; aber daß er den Sitzungen des Landtages beiwohnen werde, während er denen des Reichstages fern geblieben ist, liegt nicht in seinen Gewohnheiten, und es beruht nur auf einer Vermuthung, daß er die Vorlage über die Maigesetze durch eine feierliche Rede einbringen werde. Dieser Gesetzentwurf ist übrigens festgestellt und es werden jetzt die Motive ausgearbeitet. Inzwischen betreibt der Reichskanzler die hamburgischen Angelegenheiten mit solchem Eifer, daß der Bundesrath in diesem Jahre um seine Pfingstferien kommt. Die Mitglieder der Reichscommission, die sich zur Begutachtung der neuen Zollgrenze in Hamburg an Ort und Stelle begeben haben, werden am Montag, dem zweiten Feiertag, hier zurückerwartet. Am Dienstag soll hierauf die letzte Berathung der Ausschüsse stattfinden, am Donnerstag der Bundesrath zu einer Plenarsitzung sich in der hamburgischen Angelegenheit entscheiden. Am Ende der nächsten Woche wird der Bundesrath seine größeren Ferien antreten. Dann wird auch der bayerische Gesandte Herr v. Rudhart seinen Urlaub antreten; seine Entlassung wird, wenn es überhaupt dazu kommt, erst im Herbst erfolgen."

Die ausländische Presse beschäftigt sich noch immer mit der großen Staatsrede des Fürsten Bismarck. Französische und englische Blätter besonders wollen aus den Ausführungen des Reichskanzlers auf die geringe Festigkeit des deutschen Nationalstaates schließen. So wenig bedeutsam nun in praktischer Hinsicht die Urtheile des Auslandes über unsere gegenwärtige Lage sind, so gleichgültig uns der Hohn und Spott oder das heuchlerische Mitgefühl unserer Nachbarn sein können, fatal bleibt es immer, daß die deutsche Einheit, die wir durch die Politik Bismarck's für einen rocher de bronce halten mußten, abermals auf den großen Markt der Discussion gezerrt wird, ein Symptom, welches übrigens doch, wenn man der Feinfühligkeit des Neides und Hasses trauen darf, mehr als manches andere die gefährliche Situation unserer inneren Lage andeutet. Und in einem solchen Augenblicke können Deutsche ernsthaft den Rücktritt des Kanzlers wünschen! „Wir denken nicht, schreibt das Organ Bennigsen's, der „Hann. Courier", daß eine Nothwendigkeit, den allgemeinen Wunsch des Auslandes zu erfüllen, vorliegt, wenn anders der Fürst fest entschlossen ist, die Wege zu wandeln, die er in seiner großen Rede angedeutet hat. Daß der Wille da ist, ihn zu unterstützen, weiß er, und es liegt in seiner Hand, diesen Willen durch eigene Mäßigung sich noch geneigter zu machen. Andererseits wird es aber die Pflicht aller liberalen Elemente sein, in diesem Moment alle kleinlichen Particularinteressen und Meinungsdifferenzen vorläufig bei Seite zu lassen, damit der Kanzler dem Reich erhalten bleibe, er, der Schöpfer und Schirm Dessen, wonach wir Jahrhunderte lang ohne seine Hülfe umsonst gerungen haben, unseres höchsten politischen Gutes, der nationalen Einheit."

Die Centrumspartei verharrt dem Liberalismus gegenüber im Kriegszustande. In der am Donnerstag stattgefundenen Katholiken-Versammlung in Dortmund sind laut der ultramontanen Zeitungen 3000, laut der „Westf. Zeitung" nur etwa 1000 Theilnehmer erschienen. Ein von Vertrauensmännern vorher festgestelltes Programm in acht Resolutionen wurde in der Hauptversammlung angenommen. Die vier ersten Resolutionen betreffen die bekannten ultramontanen Forderungen hinsichtlich der Schule, die augenblicklich nicht auf der parlamentarischen Tagesordnung stehen. Die 5., 6. und 7. Resolution betreffen die Maigesetzgebung und besonders die in der nahen Nachsession des Landtages zu erwartende kirchenpolitische Vorlage zur Erweiterung der „discretionären Gewalt für die Staatsverwaltung". Diese Resolutionen, welche das meiste Tagesinteresse bieten, lauten in ihrer festgestellten Wortfassung:

5. Die Versammlung verlangt von Neuem in Uebereinstimmung mit den seit Jahren von den Bischöfen wie von den Vertretern des katholischen Volkes aufgestellten Forderungen durchgreifende Aenderung der kirchenpolitischen Gesetzgebung. Die Heranbildung des Klerus muß Sache der Kirche bleiben; die Berufung zu geistlichen Stellen muß in der Hand der geistlichen Obern bleiben; die Ausübung der kirchlichen Disciplin muß dem apostolischen Stuhle und den Bischöfen unbehindert belassen bleiben; die Thätigkeit der geistlichen Orden und Congregationen muß im Geiste und nach den Bestimmungen der Kirche ermöglicht und gepflegt werden.

6. Dagegen soll der Austritt aus der Kirche ohne jede Einmischung des Staates nach der freien Entschließung des Einzelnen erfolgen dürfen.

7. Die Versammlung erklärt, daß sie in der Uebertragung einer discretionären Gewalt, durch welche die Staatsregierung ermächtigt würde, die kirchenpolitischen Gesetze nach Gutdünken anzuwenden oder ruhen zu lassen, eine Anerkennung der Maigesetze, ein unheilvolles Zugeständniß an den Absolutismus, eine Vernichtung der von Gott der Kirche gegebenen Rechte, eine unerträgliche Einengung der bürgerlichen Freiheit der Katholiken erblickt. Wir ergreifen die durch die heutige Versammlung uns gebotene Gelegenheit, freudig und laut zu erklären, daß wir als treue Söhne der katholischen Kirche uns rückhaltlos wie stets, so besonders allen denjenigen Entschließungen des h. apostolischen Stuhles unterwerfen, welche derselbe zur Herstellung geordneter kirchlicher Verhältnisse in unserm Vaterlande fassen wird.

Die achte Resolution bringt ein Vertrauensvotum für das Centrum in Land- und Reichstag. Es folgen nun politische Forderungen von a bis k, welche nichts Originales haben als die widerspruchsvolle Zusammenschweißung aus bunten Bruchstücken der fortschrittlichen, der liberalen und der conservativen Parteiprogramme. Bei ihrer widerspruchsvollen Vielseitigkeit kann das Centrum nur fortfahren, in den Parlamenten bald mit dieser, bald mit jener Fraction zu stimmen; Vertrauen und dauerndes Zusammengehen wird es, wie auch bisher, bei keiner politischen Partei gewinnen können. Erhebliche Bedeutung vermögen übrigens die rheinischen Blätter, besonders die „Köln. Ztg.", der Dortmunder Versammlung nach keiner Seite beizulegen.

Das Ministerium Taaffe muß die Erfahrung machen, daß, was Wind sät, Sturm ernten muß. In Böhmen ist es bereits zu Excessen gekommen, die sich als eine Folge der „Sprachenfrage" darstellen. In Prag demonstrirten vor Kurzem czechische Studenten vor den Wohnungen der deutschen Professoren Klebs und Mach, warfen Fenster ein, johlten, pfiffen, Pereat rufend. Die Ursache der Demonstration ist, daß deutsche Professoren bei dem Festbankett der Burschenschaft „Carolina" betonten, den deutschen Charakter der Prager Hochschule zu wahren. Die „N. F. Pr." bemerkt zu diesen Scandalen: „Die Aera der Katzenmusiken ist in Prag wieder angebrochen. Die Vergewaltigung, welche die czechischen Landboten im Vereine mit ihren polnischen und ultramontanen Genossen gegen die deutsch-liberale Minorität geübt haben, hat auch der mit dem fußen Straßenpöbel alliirten czechischen Studentenschaft der böhmischen Hauptstadt den Kamm schwellen gemacht, und die erste Heldenthat dieser sonderbaren Culturkämpfer bestand darin, daß sie zwei deutschen Universitäts-Professoren, die auf dem Festcommers der „Carolina" ihrer deutschen Gesinnung Ausdruck gegeben hatten, eine solenne Katzenmusik mit obligatem Fenstereinwerfen darbrachten. Die Dinge beginnen also in Prag denselben Charakter anzunehmen, wie in der Aera Belcredi und Hohenwart und man darf erwarten, daß bei Berathung des Wahlreform-Entwurfes im Landtage sich ähnliche scandalöse Scenen in und vor dem Landtagsgebäude abspielen, wie beispielsweise im Jahre 1866 bei der Verhandlung über die Universitäts-Frage, als deutsche Abgeordnete vom czechischen Mob thätlich insultirt und mißhandelt wurden. So ist die Versöhnung der Völker beschaffen, die Oesterreich der Coalitions-Aera dankt."

Aus Wien wird uns telegraphisch gemeldet, daß der neu ernannte französische Botschafter, Graf Duchatel, Ende dieser Woche sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird. Derselbe erhielt bereits die Besuche des Ministerpräsidenten, Freiherrn von Haymerle, sowie der Botschafter Italiens, Rußlands und der Türkei. — Der „Montagsrevue" zufolge hat sich Oesterreich bereits dem englischen Rundschreiben, welches gemeinsame Schritte in Konstantinopel betreffs der montenegrinischen, griechischen und armenischen Frage beantragt, im Principe angeschlossen. Der Beitritt Deutschlands und Rußlands sei zweifellos. In Paris wird Lord Lyons, welcher nächster Tage dorthin zurückkehrt, das englische Circular übergeben; doch dürfte, wie aus Wien gemeldet wird, die Antwort der Pforte auf die letzte Vorstellung der Botschafter früher erfolgen, ehe die im Circular projecirte identische Note zwischen den Mächten vereinbart ist.

Das „Bischen Albanien" kommt dem friedensbedürftigen Oesterreich sehr ungelegen, in der Voraussetzung, daß sich aus dem montenegrinisch-albanesischen Zwischenfalle ernstere Verwickelungen ergeben könnten. In ihrer drastischen Manier bemerkt die „N. Fr. P.": So entscheide zwischen Beiden die ultima ratio der Waffen. Das ist die einfachste und für Europa auch die unbedenklichste Lösung; sie wird noch einfacher, wenn man erwägt, daß die Montenegriner sich aller Wahrscheinlichkeit nach hüten werden, den Ruf ihrer Tapferkeit im Kampfe mit den Albanesen zu verlieren. Wer aber nicht muthig genug ist, sein Recht sich zu erkämpfen, wer von Anderen begehrt, daß sie ihm die Kastanien aus dem Feuer holen, Dem geschieht es nach Verdienst, wenn er sich bescheiden muß. Fürst Nikita zeige, ob auch von ihm das Wort gilt: „Selbst ist der Mann." — Aus Belgrad, 10. Mai, gehen der „N. A. Z." nachstehende briefliche Mittheilungen zu:

Die Bewegung in Albanien macht der serbischen Regierung nicht geringe Sorgen, denn man befürchtet nicht blos den Einbruch verstärkter Arnautenschaaren, deren Zurückweisen neuerdings blutige Opfer fordern wird, sondern auch, daß die Albanesen des serbischen Gebietes sich erheben, um mit den eindringenden Schaaren verbunden die serbische Herrschaft abzuschütteln; besonders aus den Districten von Vranja und Kurschumlje meldet man eine hochgradige Erregung. In Folge dieser Zustände sollen militairische Maßregeln zur besseren Sicherung der Grenzen ergriffen werden und hofft man die Aufregung der auf serbischem Gebiete lebenden Albanesen durch gerechte aber auch strenge Anwendung der Gesetze zu beschwichtigen und namentlich die aus der Türkei kommenden Albanesen sollen genau überwacht werden.

Die Strikes in Frankreich haben einen in hohem Grade beunruhigenden Charakter angenommen, trotz der Ableugnung der französischen Regierung. In Roubaix hatten sich am Freitag mehrere Tausend Männer, Weiber und Kinder auf dem Boulevard de Paris versammelt. Von dort zog eine Schaar Arbeiter unter Absingung der Marseillaise und unter Geschrei und Drohungen zum großen Platze, wo gelärmt und getobt wurde. Die Mairie ward durch Gendarmen und Chasseurs zu Pferde geschützt. Nach Ankunft eines von Lille herbeigerufenen Bataillons wurde ein Cavallerie-Angriff auf die tobende Menge ausgeführt; die Arbeiter zogen sich zurück, kehrten aber unter wüthendem Geschrei wieder und erst um Mitternacht wurden die Massen zerstreut. Eine Anzahl von Fenstern wurde eingeschlagen. Die Aufregung ist, wie die „K. Z." meldet, groß. Die letzten Nachrichten lassen erkennen, daß die socialistische Partei dabei ihre Kräfte erprobt hat und die Arbeitermassen für einen gegebenen Moment disciplinirt. Die Lohnfrage ist nur ein Vorwand, der politische Charakter der Strikes ist vorherrschend und dadurch wird die Bedeutung derselben eine viel größere. — Die angekündigte militairische Feier bei der Vertheilung der neuen Fahnen, welche der Minister auf den 20. Juni festgesetzt wissen wollte, wird, wie die „N.-Z." aus Paris meldet, hauptsächlich auf Anregung Gambetta's am 14. Juli, also an demselben Tage, wie das große Nationalfest vom Jahre 1790 stattfinden und wird hiermit die Eidesleistung der Offiziere auf Republik und Verfassung verbunden werden. Ein Gesetzesvorschlag bezüglich der Vereidigung der Offiziere, den schon seit längerer Zeit Senator Testelin eingebracht hatte, soll deshalb schleunigst durch die Kammer perfect gemacht werden.

Aus Italien sind Berichte über die Wahlen zu erwarten. Die Zeit, welche den Wählern in Italien zur Auserlesung ihrer Deputirten zur 14. Legislaturperiode gelassen wurde, ist eine überaus kurze. Am 2. Mai erfolgte die Auflösung der Kammern, am 16. fanden bereits die Neuwahlen statt, am 23. sollen die Stichwahlen statt-